

Heil den Neubauern!

An das werktätige Volk in Stadt und Land

Die Durchführung der Bodenreform hat den Traum vieler land hungeriger Bauern und Landarbeiter Wirklichkeit werden lassen. Durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes haben die Neubauern fünf bis acht, auch teilweise zehn Hektar Boden erhalten. Einige konnten auch Wohnung, Stallung, Vieh, Geräte und kleine Maschinen bekommen. Aber das sind nur wenige. Durch den barbarischen Hitlerkrieg und seine Folgen sind unzählige Werte in der deutschen Landwirtschaft vernichtet worden. Viele Güter hatten buchstäblich kein Stück Arbeits- oder Nutzvieh, keine Schweine oder Federvieh. Es fehlten Zugmaschinen und Ackergeräte, Dünger und Saatgut und vieles andere mehr. In manchen Fällen haben die Neubauern nur Boden erhalten können. Hier muß die unvergängliche schnelle Hilfe einsetzen. Alle Organisationen der antifaschistisch-demokratischen Parteien, die Gewerkschaften, die Betriebsbelegschaften und auch die werktätigen Altbauern sind verpflichtet, mit ganzer Kraft den Neubauern zu helfen, ihren Bauernhof einzurichten. Das ganze deutsche Volk hat diese Verpflichtung im Interesse der Sicherung seiner Ernährung und seines Lebens. Alle Kräfte müssen angespannt werden, den neuen Bauern zu helfen, die Produktion in Gang zu bringen und zu steigern.

Soweit die Neubauern keinen Wohnraum in alten Gebäuden und Rümen von früheren Gutsbesitzern, müssen schnellstens neue Wohnräume beschafft werden.

Es ist unverzüglich an die Organisation der Bauernbetriebe heranzugehen, daß bereits im Jahre 1946 mindestens 50 Prozent der Bauern die Boden erhalten haben, aber nicht über die Gebäude verfügen. Wohn- und Wirtschaftsgebäude bekommen. Dies muß durch gegenseitige Hilfe geschehen, durch Organisation der Arbeit und Vermittlung von Baufertigkeiten. Da der Winter vor der Tür steht und fertige Bauernhäuser ein Mangel an Rohstoffen und Zeit vielfach nicht sofort hergestellt werden können, müssen Behelfshäuser und Behelfswohnungen geschaffen werden, um den dringenden Bedarf zu befriedigen. Solche Wohnhäuser können sein: Holz-, Blockhäuser, Häuser aus Backsteinen oder Lehmhäuser. Materialien für diese Bauten sind meist in der Gemeinde selbst zu beschaffen. Für das Vieh sind Ställe der aufgelassenen Wirtschaften und Gutshöfe, im Notfall gemeinsame, bei möglicher Unterteilung, zu benutzen. Altbauern sind zu veranlassen, ihre Ställe zum Mitbenutzen von Vieh den Neubauern zur Verfügung zu stellen. Ställe für Kleinvieh zu schaffen, ist für die Bauern meist keine große Frage. Soweit Vieh durch Zuteilung oder Kauf in den Gemeinden nicht beschafft werden kann, muß dies durch Viehauktionen an anderen Gemeinden, Kreisen und Provinzen mit Unterstützung der Kreis- und Provinzialbehörden geschehen. Das Schwergewicht ist auf Hornvieh (Rühe und Ochsen) als Zug- und Nutzvieh zu legen. Die Schweinezucht und die Haltung von Kleinvieh ist für den Neubauern besonders wichtig. Auch hier muß die Hilfe der Altbauern zur Mittilfe veranlaßt werden. Die Landräte und Gemeindevorstände sollen den Altbauern, die Vieh für diesen Zweck verkaufen, finanzielle Dingenmittel besonders zuteilen oder andere Vorteile gewähren. Klein- und Federvieh soll mit Hilfe der Bauernauschüsse und durch die Vermittlung der Kreis- und Provinzialbehörden beschafft werden.

Soweit kleine landwirtschaftliche Geräte nicht in der Gemeinde (Schmiede, Stellmacher usw.) bezogen oder selbst hergestellt werden können, müssen Handwerk und Industrie der Städte als Lieferanten herangezogen werden.

Die Industriebehörden in den Kreisen und Städten haben bereits vielfach Arbeits- und Produktionspläne für die Herstellung landwirtschaftlicher Bedarfsgüter, Geräte und Maschinen aufgestellt. Überall dort, wo Federvieh nicht beschaffen ist, sollen die Arbeiter- und Betriebsvertretungen (Gewerkschaften, Betriebsräte) Pläne für die Produktion landwirtschaftlicher Bedarfsgüter aufstellen und so rasch wie möglich die Produktion landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen in die Wege leiten. Der Bezug dieser Geräte als auch von Düngemitteln und Saatgut soll mit Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften organisiert werden.

Die Unterstützung und Hilfe für die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe durch alle antifaschistischen in Stadt und Land ist das Gebot der Stunde. So müssen besonders die Betriebe und Gewerkschaften für die Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe Arbeiter zur Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen entsenden, sogenannte Reparaturtrupps oder Reparaturkommissionen aufstellen und bei der Organisation von Reparaturwerkstätten

und Maschinenverleihstellen bei den Ausschüssen mithelfen.

Die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesbehörden sollen in jeder Weise die Neubauern unterstützen und fördern. Durch Aufstellung von Plänen für die Produktion und Lieferung von landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen, Düngemitteln, Saatgut, Baustoffen und dergleichen muß dafür Sorge getragen werden, daß die Neubauern schnellstens die notwendigen Güter und Bedarfsgüter erhalten. Auch ist es notwendig, den Neubauern im Rahmen des Möglichen Kredite zu geben, damit sie ihre neue Wirtschaft einrichten können. Dies soll durch die Geldinstitute der Länder, Provinzen und Kreise in Form von Personalkrediten unter günstigen Bedingungen geschehen, die eine übermäßige Belastung des Neubauern ausschließen. Auch sollen die Behörden möglichst Steuererleichterungen auf die Dauer von mindestens zwei Jahren für die neuen Bauern in Erwägung ziehen. Das kann auf die Weise geschehen, daß die Neubauern-Wirtschaften, die auf Grund der Bodenreform neugebildet wurden, vollständig von Steuern befreit werden und daß den landarmen Bauern, die Boden aus dem Bodenfonds zur Abwendung ihrer kleinen Wirtschaft hinzubekommen haben, die Steuern um 50 Prozent gesenkt werden. Auch sind den Neubauern bis zur Ernte 1946 Lebensmittelpunkte auszuhandigen, da sie erst von da ab Selbstversorger werden. Weiter ist es notwendig, den neuen Bauern durch Vorträge, Zeitungen und Rundfunk und durch Einrichtung von Bibliotheken stärkste fachliche Unterstützung und Hilfe zu geben.

Arbeiter in den Betrieben, Ingenieure, Handwerker, Schaffende in Stadt und Land!

Du durch die Bodenreform angeschaffenes Bauernvermögen benötigt zu ihrem Aufbau alles, angefangen von der Forke bis zur Dreschmaschine. Heilt alle tatkräftig mit, damit die Neubauern ihre Aufgaben, den Boden zu bebauen, erfüllen können. Je größer die Produktion von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, je stärker die Hilfeleistung für die Neubauern ist

desto freudiger werden sie das Ihre tun, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Die gegenseitige Hilfe zwischen Stadt und Land legt den Grundstein für einen neuen Aufschwung der Landwirtschaft, für die Neugestaltung des Dorfes und für eine bessere Versorgung des Volkes.

Kommunistische Partei Deutschlands Wilhelm Pieck Sozialdemokratische Partei Deutschlands Otto Grotewohl Liberal-Demokratische Partei Deutschlands Dr. Wilhelm Külz

Bemerkung der Redaktion der „Deutschen Volkszeitung“ zu dem Aufruf „Heil den Neubauern!“

Daß der Aufruf zur Hilfe an die Neubauern nicht nur die Unterschrift der Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS trägt, hat nach den von der Redaktion eingezogenen Erklärungen seine Ursache darin, daß in der Sitzung der Einheitsfront der vier antisozialdemokratischen Parteien der Wortführer der Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION, Herr Schreiber, die Zustimmung zu diesem Aufruf mit der Motivierung ablehnte, daß er mit der Durchführung der Bodenreform nicht einverstanden sei. Obwohl ihm von dem Wortführer der Liberal-DEMOKRATISCHEN Partei Deutschlands sofort entgegengehalten worden sei, daß der Aufruf zur Hilfe an die Neubauern der abgeschlossenen Bodenreform nichts Gemeinsames habe, sondern es sich jetzt darum handele, den neuen Bauernwirtschaften die erforderliche Hilfe zu verschaffen, blieb Herr Schreiber bei der Verweigerung der Zustimmung zu dem Aufruf. Auch ein nochmaliger Versuch, die Vertreter der Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION zur Unterzeichnung des Aufrufs zu veranlassen, sei ohne Erfolg geblieben. Im Namen des Vorstandes der Christlich-DEMOKRATISCHEN UNION hat Herr Dr. Herms erklärt, daß er nicht in der Lage sei, dem Aufruf zur Hilfe an die Neubauern zuzustimmen.

Die Zerstörung Belgrads

Hitlers Befehl an Mussolini zur „Maritza-Aktion“

Nürnberg, 8. Dezember (SNB).

Der Angriff auf Griechenland wird zum Fall „Maritza“. Am 13. Dezember 1940 erscheinen von Hitler unterschrieben „geheime Weisungen“. Diese Weisungen behandeln rein militärische Fragen.

Überall bekamen die Italiener Prügel. Hitler erteilte einen weiteren Befehl, der von ihm selbst unterschrieben und mit den Initialen „Angehören Keitel und Jodl versehen ist. Kopien gehen an Raeder und Ribbentrop. Sein Titel ist: „Beteiligung der deutschen Kräfte an den Kämpfen im Mittelmeerraum.“ In ihm wird gesagt:

„Die Lage im Mittelmeerraum bedingt aus strategischen, politischen und psychologischen Gründen eine Hilfe Deutschlands, die die englischen Kräfte, die gegen unsere Verbündeten eingesetzt sind, ihnen überlegen sind.“

Am 20. Januar 1941 halten Hitler, Ribbentrop, Keitel und Jodl mit Mussolini, Ciano und General Guzzoni eine Konferenz ab. Hitler erklärt hier: „Es ist notwendig, daß die Truppenverschiebungen ohne Eingreifen des Feindes vollzogen werden. Ich gebe daher das Ziel so spät wie möglich frei. Die Tendenz wird sein, die Donau im letztmöglichen Moment zu überqueren und die Truppen so früh wie möglich zum Angriff zu sammeln.“

Jetzt wird der bulgarische Generalstab herangezogen. Feldmarschall List unterbreitet dem Vertreter des bulgarischen Generalstabes Pläne gegen den Angriff auf Griechenland und eventuell auf die Türkei. Man beschließt, gemeinsam alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Vorbereitungen der Operationen zu tarnen und um sich zu vergewissern, daß die besten Umstände für die Ausführungen der deutschen Operationen geschaffen werden.

In einer „geheimen Kommandosache“ vom 19. Februar 1941 werden genaue Daten für die Durchführung des „Falles Maritza“ gegeben. Am 28. Februar soll eine Brücke über die Donau gebaut werden. Der Obermarschall über die Donau ist für den 2. März festgesetzt. Das Boot ist von Keitel mit eigener Hand eingetieft.

Die Position Bulgariens in diesem Zeitpunkt war die folgende: „Am 3. März unterschrieben es seinen Beitritt zum Dreimächtepakt. Am gleichen Tag

marschierten die deutschen Truppen in Bulgarien ein. Am selben Tag landeten englische Truppen in Griechenland zufolge der Garantieerklärung der englischen Regierung. Kurz vor der Griechisch-Länd-Aktion hatte Hitler Keitel und Jodl zu einer Besprechung zu sich gerufen. Der Zweck dieser Besprechung

Sitzung der drei Außenminister

Moskau, 9. Dezember (TASS).

Eine Sitzung der Außenminister von Großbritannien, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika wird am 15. Dezember in Moskau stattfinden. Diese Sitzung ist in Übereinstimmung mit dem Beschluß einberufen worden, welcher auf der Jalta-Konferenz gefaßt wurde und der vierteljährlichen Konferenzen für die drei Außenminister vorsieht.

ist in einem von Raeder gezeichneten Bericht niedergelegt. In diesem heißt es:

a) Persönliche Stellungnahme. b) Der Oberkommandierende der Flotte bittet um Besätigung, daß ganz Griechenland — selbst unter der Bedingung friedlichen Ubergangs — besetzt werden wir. Die vollständige Besetzung ist die Voraussetzung jeder Verständigung.

„gez. Raeder.“ Die Absichten der Nazis sind klar. Alle Vorbereitungen sind getroffen, um Griechenland niederzutreten. Sie sind aber noch nicht bereit, Jugoslawien anzugreifen und versuchen weiter, „es auf andere Weise zu gewinnen“. Sie haben ihren Agenten, den Prinzregenten Paul, der am 25. März 1941 durch seinen Außenminister in Belgrad, dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt unterschreiben läßt. In dieser Stunde überreicht Ribbentrop den Vertretern der faschistischen jugoslawischen Regierung ein Schreiben, in welchem er „aus Anlaß des heutigen Beitritts Jugoslawiens zum Dreimächtepakt den Entschluß der deutschen Regierung bestätigt, die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit Jugoslawiens zu respektieren.“

Während sich die deutschen Truppen in Bulgarien bereits auf dem Wege zur griechischen Grenze befinden, handelt das jugoslawische Volk. Es stürzt die Faschisten-Clique Hitler

Das „Volksblatt“ lesen und weitergeben

gibt am 27. März eine Darstellung des Falles und seiner Folgen. Wir lesen darin folgende Auslassungen:

„Der Führer beschreibt Jugoslawiens Situation nach dem Staatsstreich, Feststellung, daß Jugoslawiens Politik auf die bevorstehende „Maritza“-Aktion (Aktion gegen Griechenland) und noch mehr in bezug auf das „Barbrossa-Unternehmen“ (das ist der geplante Überfall auf die Sowjetunion) ein unsicherer Faktor ist. Der gegenwärtige Augenblick ist aus politischen wie aus militärischen Gründen günstig, da der Sturz der Regierung wäre ein während der Barbrossa-Aktion erfolgt, wahrscheinlich bedeutend ernster Folgen für uns gehabt hätte. Hitler ist entschlossen, ohne auf eine mögliche Loyalitätserklärung der neuen Regierung zu warten, alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als nationale Einheit zu zerstören.“

Keine diplomatischen Nachrichten werden gehalten, keinerlei Ultimatum präsentiert. Der Angriff wird so schnell erfolgen, wie die Mittel

Blick in die Welt

Starker Kohlenmangel in Frankreich

Paris, 9. Dezember (TASS).

Infolge des starken Kohlenmangels werden die französischen Werke nur drei Tage in der Woche arbeiten.

Auf die Gründe der Kohlenkrise in Frankreich eingehend, erinnert die Zeitung „Paris matin“ daran, daß Amerika seit Oktober die Kohlenlieferungen nach Frankreich eingestellt hat. England liefert nur einen geringen Teil der versprochenen Kohle.

Wahlen in Helsinki

Helsinki, 9. Dezember (TASS).

Nach Mitteilung des finnischen Rundfunks wurden heute früh die Endergebnisse der Munizipalwahlen in der Stadt Helsinki zusammengerechnet. An der Abstimmung nahmen 151 000 Wähler, d. h. 82 Prozent der Gesamtzahl, teil. In der neuen Munizipalität der Stadt Helsinki sind die Mandate wie folgt verteilt: Linke Parteien 26 Mandate (früher 24), Rechtspartei 14 (früher 9), Finnische Volkspartei 13 (früher 18), Schwedische Partei 6 (früher 5).

Von den 26 Mandaten der linken Parteien erhielt die Demokratische Union der Völker Finnlands 15 und die Sozialdemokratische Partei 11 Mandate.

Griechische Wahlen

Athen, 9. Dezember (TASS).

Premierminister Sophilas hat seine kürzliche Erklärung, daß die Wahlen zum griechischen Parlament am 31. März 1946 abgehalten werden, bestätigt.

Regierungsbildung in Oesterreich

London, 9. Dezember (SNB).

Dem Londoner Rundfunk zufolge hat der zum Bundeskanzler ausretende Parteiführer Fildl (katholische Volkspartei) mit der Vorbereitung der Bildung der neuen österreichischen Regierung begonnen. Er hatte Besprechungen mit Dr. Renner sowie mit anderen führenden Persönlichkeiten der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei.

Guido Schmidt Kriegsverbrecher

Wien, 8. Dezember (TASS).

Wie das Pressebüro berichtet, wurde Guido Schmidt — der letzte Außenminister in der Regierung Schuschnigg — nach Wien gebracht und dort ins Gefängnis eingeliefert. Die österreichischen Behörden haben Schmidt auf die erste Liste der Kriegsverbrecher gesetzt. Er angeklagt, die Besetzung Oesterreichs durch die Nazis vorbereitet zu haben.

Todesurteil gegen Yamashita

London, 9. Dezember (SNB).

Der Londoner Rundfunk gibt eine Meldung aus Manila wieder, wonach der japanische Oberkommandierende auf den Philippinen, Generalleutnant Yamashita, wegen Zulassung von seinen Truppen begangenen Grausamkeiten zum Tode durch den Strang verurteilt worden ist.

(SNB) London. Die britische Regierung und das Marineministerium erwägen Pläne zur Schaffung einer neuen Marinebasis an der Westküste Schottlands, an der Mündung des Flusses Clack.







# Politik in Sachsen im Aufruf

## Der Amtsschimmel

Schauplatz: Eine überfüllte Ueberlandbahn (Merseburg-Fahrendorf). Beteiligte: Eine Schaffnerin, ein Kontrollor und ein Schwerekriegsbeschädigter.

„Noch jemand ohne Fahrschein?“ Verschiedene Fahrgäste ertrichten ihren Obolus bis auf einen Schwerekriegsbeschädigten. Die Schaffnerin forderte ihn auf, ebenfalls Fahrschein zu entrichten, was dieser aber unter Hinweis auf seine Versahrtenliste III ablehnt.

Bekanntlich sind Kriegesbeschädigte als Verkehrsteilnehmer III berechtigt, Verkehrsmittel, wie Straßenbahn, Omnibus, S-Bahn, Ueberlandbahn u. dergl. unentgeltlich gegen Vorzeigen eines Ausweises der Versorgungsstelle zu benutzen. Der Invalide hatte einen solchen Ausweis noch nicht, war erst vor kurzem aus einem Kriegsanstalt entlassen worden ist. Seine Beschädigung — Oberschenkelamputation — war allerdings deutlich sichtbar, so daß man ihm bei einigermaßen guten Willen, ohne den Amtsschimmel zu verlangen, die Vergünstigung der Fahrschein hätte gewähren sollen. Anders tat es aber die Schaffnerin. Sie holte einen Kontrollor auf den Wagen und beide wollten den Schwerekriegsbeschädigten zwingen, Fahrschein zu zahlen. Auch ein Herr Kontrollor, fühlte sich, Kraft seines Amtes, dazu verpflichtet, das Fahrschein einzufordern, obwohl die Stimmung der Fahrgäste gegen ihn war.

Liebe Müßiggänger, wäre es nicht besser, dein Personal durch anzuhalten, gegen die Schwerebeschädigten, die sich heute besonders schwer in das tägliche Leben hineinfänden, etwas nachsichtiger und entgegenkommender zu sein? Zumal gerade jetzt eine größere Zahl Kriegesbeschädigte aus den Lagern zurückkehren und die Ausstellung der Versorgungsämter einige Zeit in Anspruch nimmt. — his —

## Die Lotterie kommt!

Erste Aufbauotterie der Provinz Sachsen Halle, den 10. Dezember. Das Präsidium der Provinz Sachsen hat die Anregung, eine Wiederaufbauotterie für die Provinz Sachsen ins Leben zu rufen, beschlossen und in die Tat umgesetzt. Nach vor Weihnachten wird die erste Wiederaufbauotterie der Provinz Sachsen gestartet werden.

Die Lose für diese Lotterie — Einzel- oder Doppellos — werden in der Zeit zwischen dem 10. und 15. Dezember 1945 herauskommen. Sie sind bei den bisherigen staatlichen Lotterien einnehmern erhältlich bzw. bei den Firmen und Behörden, die schon früher den Losvertrieb innehaben.

Das Einzellos kostet 3.— RM., das Doppellos entsprechend 6.— RM. Es sind insgesamt 300.000 Lose für die Wiederaufbauotterie bzw. 150.000 Doppellose mit einem Gesamtergebnis von 292.000.— RM. vorgesehen. In diese Summe teilen sich a. zwei Hauptgewinne zu je 10.000.— RM., zwei weitere Hauptgewinne zu je 5.000.— RM., zehn Hauptgewinne zu je 1.000.— RM. usw. Insgesamt werden 64.084 Gewinne ausgelost.

Die Ziehung findet öffentlich am 15. und 16. Januar 1946 in Halle statt.

Die Lose der Wiederaufbauotterie dürften deshalb als eine Bereicherung des G a b e n t i s c h e s zu Weihnachten angesehen werden. Auch als Weihnachtsgeld für die Besonderen in der Lohnhöhe dürften diese Lose eine Bereicherung sein. Die Verwaltung der Lotterie wird einem „Zentralbüro für den Wiederaufbau der Provinz Sachsen“ übertragen, an welches sich die Behörden, Gewerkschaften, Großfirmen und sonstigen einschlagenden Geschäfte wenden wollen, die diesbezügliche Absicht haben, sich am Losverkauf zu beteiligen.

## Freier Markt in Eisleben

Der Landrat des Mansfelder Seekreises gibt bekannt, daß der Stadtkreis Eisleben und im Mansfelder Seekreis ab sofort der freie Markt über landwirtschaftliche Ergebnisse organisiert wird. Der erste freie Markt für die Stadt Eisleben hat bereits am 29. November stattgefunden.

## Aus der Parteiarbeit

Zembschen. Die Jugendgruppe veranstaltete eine Kundgebung gemeinsam mit der Jugend von J a u c h a und Ke u t s c h e n, die die Theaterführung und Gesangsarbeiten zum Inhalt hatte. Der Kreisjugendreferent sprach bei dieser Veranstaltung. Die Kundgebung gab zu verstehen, daß das Leben heute wieder einen Inhalt hat.

Steden. Der Ortsverein der SPD hatte eine öffentliche Kundgebung einberufen. Genosse D u t s c h m a n n E i s e n sprach über das Thema „Weg und Ziel der SPD“. Nach einer lebhaften Diskussion fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Oberöhringen (Helm). Der neuorganisierte Ortsverein der SPD hielt seine erste Mitgliederversammlung ab. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Wahl des Vorstandes. Gewählt wurde Gen. K i l l e. Im Anschluß an die Wahl wurden aktuelle Tagesfragen lebhaft erörtert. — Außerdem fand eine gemeinsame Versammlung der SPD und KPD statt, um den Ortsbewohnern den Kampf mit den Gegenwartsproblemen zu verdeutlichen und sie zur Tatbereitschaft anzuhalten.

Törglitz. Der Ortsverein der SPD hatte eine Mitgliederversammlung angesetzt. Der Vorsitzende, Gen. S t r i c h, gab einen Bericht über die Arbeit des Ortsvereins. Anschließend sprach der Geschäftsführer das kürzlich eröffnete Filiale der Weissenfelsen Konsumgenossenschaft. Für die Zukunft wurde die Bildung eines Gesangsvereins und einer Frauengruppe sowie die Durchführung von Schulungsabenden beschlossen.

## Erste Tagung aller Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte in Schierke

Schierke (Harz), den 10. Dezember 1945. Am 8. Dezember 1945 die Bezirkspräsidenten, Städte nach Schierke (Harz) zu einer Dienstbesprechung einberufen. Führend Referenten gaben einen umfassenden Überblick über die bereits geleistete Aufbauarbeit in der Provinz erfolgreich bezeichnet werden kann.

### Präsident Dr. Höbener

betonte nach seiner kurzen Begrüßung besonders die Wichtigkeit der Durchführung aller Befehle und Anweisungen der Sowjetischen Militärischen Administration, mit deren Unterstützung die Möglichkeit einer planvollen Verwaltungsführung gegeben wurde. Alle Widerstände, die sich besonders auf dem Ernährungsgebiet bemerkbar machen, müssen und können überwunden werden. Jeder gute Wille hierzu wird durch die Sowjetische Militärische Administration und die Provinzialverwaltung unterstützt werden. Nicht Parteilosigkeit, wohl aber eine wahre demokratische Tendenz kann den Aufbauarbeiten zum Erfolg führen.

### Bodenreform

1. Vizepräsident S l e w a r t sprach über die Durchführung der Bodenreform und führte aus, daß z. Z. der Hitlerregierung immer mehr Kleinbauern um ihre Existenz gebracht worden sind, weil das Land, welches ihnen zur Verfügung gestellt wurde, nicht ausreichte um selbstständig wirtschaften zu können. Außerdem mußten noch verschiedene Nazikriegsverursacher untergebracht, und der reaktionäre Einfluß der Junker und Großgrundbesitzer gebrochen werden. 67.000 neue Bauernwirtschaften sind im Rahmen der Bodenreform entstanden. 15.000 landarme Bauern haben nach dem Krieg das Land erhalten. Ein lebendes Inventar ist an die Neubauern verteilt worden. Um die gewaltige Arbeit der Bodenreform durchzuführen, ist ein Masseinsatz organisiert worden. 2390 Gemeindebodenkommissionen haben in Verbindung mit den Kreisbodenkommissionen und den Wirtschaftsbörden zum Erfolg der Bodenreform beigetragen.

Jetzt, nachdem die Landaufteilung im wesentlichen als abgeschlossen bezeichnet werden kann, warten etwa 12.000 Neubauern auf einen eigenen Hof. Erst nachdem sie diesen erhalten haben, werden sie sich als freie Bauern auf eigener Scholle fühlen können.

### Umsiedler und Seuchenfragen

Vizepräsident Prof. Dr. H ä l s e nahm zu den Umsiedler- und Seuchenfragen Stellung und erklärte, daß die Provinz Sachsen das Umsiedlerproblem bisher am besten von allen Provinzen der sowjetischen Besatzungszone gelöst hat. Wenn auch die Aufgaben für Umsiedler noch mancherlei Anlaß zu Klagen geben, so muß doch immer wieder festgestellt werden, daß auch hier an einer ständigen Verbesserung der Verhältnisse gearbeitet wird.

Die zentrale Suchkartell, die jedem Umsiedler die Möglichkeit geben soll, vermählte Angehörige seines Verwandtschaftsgrades mit sich zu erwerbieren, ist durch die Unterbringung der Umsiedler und ihrer Beschäftigung in Industrie, Handwerk und Gewerbe wird nach bestem Können Sorge getragen.

### Die Wirtschaftsfrage

Vizepräsident T h a p p e berichtet über die Wirtschaftsfrage der Provinz Sachsen und stellt fest, daß ein Neuaufbau der Wirtschaft nur durch einer sinnvollen Planung, die von oben herab gesteuert werden muß, möglich ist. Ein Neuaufbau darf sich nicht triebförmig entwickeln, sondern muß mit Bewußtsein und Verstand durchgeführt werden. Es gibt zwar noch keinen Staat, der die Führung einer planvollen Wirtschaft übernehmen kann, aber die Provinzen, die über eine Zentralverwaltung wirtschaftlich in einem gewissen Umfang, sind in der Lage, in einem begrenzten Raum dennoch sinnvoll zu planen.

Die Provinz Sachsen ist wirtschaftlich von besonderer Bedeutung, da Kohle, Energie und Rohstoffe verschiedenster Art in begrenzter Menge vorhanden sind. Mit der Produktion von Holz- und Masten im Frühjahr des nächsten Jahres begonnen werden. Die Glasproduktion läuft mit fortschreitendem Wiederaufbau der Betriebe an. Die Maschinenfabriken sind mit der Herstellung und Auslieferung von Verkehrsmitteln, besond. Reparaturen von Landmaschinen, werden in besonders großem Umfang durchgeführt. Da sich die Restmaterialien der ehemaligen Kriegswirtschaft und die Schrottverräte langsam sammeln, wird daran gearbeitet, die Wirtschaft auf eine neue Rohstoffgrundlage aufzubauen.

### Aufbau der Wirtschaft

Präsident D i e k e r: Zunächst gilt es, eine Volkswirtschaft aufzubauen, die für das Volk arbeitet. Dies ist besonders schwierig, da 7 1/2 Millionen Menschen in dem sinnlosen Nazikrieg umgekommen sind, so daß es schwierig wird, den Arbeitskräftemangel zu beheben.

Die private Unternehmensinitiative wird in jedem Falle bestehen bleiben, aber Konzessionen und Trüfte darf es in der Zukunft nicht mehr geben. Der Neuaufbau der Wirtschaft wird sich in drei Phasen vollziehen müssen:

- 1. Allgemeine Bestandsaufnahme.
- 2. Lenkung und Steuerung.
- 3. Planung.

Sobald eine geordnete Rohstoffversorgung gesichert ist, wird auch eine übersichtliche volkswirtschaftliche Planung möglich sein. In den nächsten 20 Jahren wird die Produktion das Entscheidende sein und die Absatzmöglichkeit aller Erzeugnisse wird nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ein Volk kann nicht nur leben, wenn der Bauer arbeitet; auch die Industrie muß auf sicherer Basis produzieren. Der

lebendige Wille des Volkes muß Eingang in die Wirtschaft finden. Selbst wenn die Grenzen nach dem westlichen Okkupationsgebiet geöffnet werden, wird sich keine wesentliche Besserung der Gesamtwirtschaftslage bemerkbar machen, da auch die Wirtschaftsisab der Westgebiete durch den Krieg schwer erschüttert worden ist.

### Versorgungsfragen

Präsident D r. H e m p e l nahm zu Versorgungsfragen der Provinz Sachsen Stellung und erklärte u. a., daß alles getan werden wird, um nach sorgfältigster Planung und größtmöglicher Einsatz der Transportmittel alle Lebensmittelarten an die Bevölkerung zu verteilen, die entsprechend den ausgegebenen Lebensmittelkarten vorgesehen sind.

### Fragen des Holzschlages

Landesforstmeister G r e n z o w: Die Forstverwaltungen haben sofort nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft mit dem Holzschlag begonnen. Schwierigkeiten bereitete am Anfang die große Unsicherheit im Walde infolge der noch teilweise vorhandenen Sprengkörper. Trotz dem Mangel an Arbeitskräften ist bis zum 31. Dezember 1945 folgendes Einschlags-Soll zu erfüllen: 800.000 Festmeter Nutz- und 300.000 Festmeter Generator- und Grenzholz. Von dem Nutzholz sollen 27.000 Festmeter als Grubenholz und 140.000 Festmeter als Faserholz aufgearbeitet werden. Von dem Brennholz sind 100.000 Festmeter für die Versorgung der Stadt Berlin einschlagbar.

Unabhängig von diesem Fruchtschlag stehen die Holzarten im Vordergrund, die aus früheren Einschlägen stammen, im Walde liegen, deren Bereitstellung für die Wirtschaft im Wesentlichen ein Transportproblem ist. Die genannten Holzschlagsforderungen stoßen auf besondere Schwierigkeiten, da die nötige Anzahl von geeigneten Arbeitskräften und Werkzeugen nicht vorhanden ist. Waldarbeit ist schwere Arbeit und nur von körperlich voll leistungsfähigen Männern durchzuführen. Um den Mangel an Forstbauern nach Entlassung der aktiven Nazistämme auszugleichen, ist die Gründung einer Forstfachschule geplant, in welcher Waldarbeiter und Forstlehrlinge zu Forstbauern herangebildet werden sollen.

### Die Bank der Provinz Sachsen

Vorstandsmitglied der Bank der Provinz Sachsen H a u s i g: Die Bank der Provinz Sachsen ist Mitte August 1945 ins Leben gerufen worden, nachdem sämtliche Banken geschlossen worden sind. Infolge großer Raum-schwierigkeiten war der Aufbau der neuen Bank besonders arbeitsreich. Trotzdem konnten bisher alle berechtigten Kreditwünsche erfüllt werden. Die Notwendigkeit zu leben und miteinander zu leben wird es auch in der Zukunft möglich machen über alle Schwierigkeiten des Bank- und Kreditwesens hinwegzukommen.

### Der Haushaltsplan

Präsident Z i e r l d - F r i d r i c h: Mit der Aufstellung der Haushaltspläne sind die Finanzabteilungen beauftragt worden. Der Flüchtlings- und Umsiedlerdienst, der sich besonders durch die Provinz Sachsen ergoß, verursacht eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben. In Zukunft wird das Rechnungsjahr mit dem Kalenderjahr gleichlaufen, so daß für das Jahr 1945 nur eine Zeitspanne von 9 Monaten in der Abrechnung zu erfassen ist. Die derzeitig zu erzielenden Verhältnisse erfordern größte Sparmaßnahmen bezüglich der Ausgaben des Provinzhaushaltes.

### Der Behördenaufbau

Präsident S c h l o b e h a n d e l t allgemeine Fragen des Behördenaufbaues. Der Verwaltungsapparat der neuen Behörde ist vollständig bemüht sein, sich von dem üblen Bürokratismus der Nazizeit, wo oft nicht weniger als 32 Dienststellen an der Bearbeitung eines einzigen Falles beteiligt waren, freizumachen. Diese Art der Verwaltung war rein egoistisch und parteipolitisch. Nach der Zerschlagung des Nazistystems erfolgt die Neuordnung der gesamten Verwaltung auf vereinfachter und einheitlicher demokratischer Grundlage.

### Aufgaben der ländlichen Behörden

Präsident D r. G e r e k e: Das ländliche Element in der Selbstverwaltung ist unbedingt zu erhalten. Der Aufbau einer fremdartigen, großzügigen Verwaltung ist für ländliche Behörden keinesfalls gegeben. Kleine ländliche Dienststellen sind in den meisten Fällen durch einen ehrenamtlichen Bürgermeister, der das Vertrauen der Gemeinde besitzen muß, besetzt werden. Ihm sind zur Unterstützung 1 bis 2 Bürokräfte beizugeben.

Diesen ehrenamtlichen Bürgermeistern ist durch Zahlung einer entsprechenden Aufwandsentschädigung eine angemessene Lebensgrundlage zugegeben. Der Einsatz von Frauen als ehrenamtliche Bürgermeister kleinerer Landgemeinden hat sich in einzelnen Fällen als besonders günstig erwiesen.

### Aufgaben und Stellung der Straßenverkehrsdirktion

Präsident D r. G r a m s c h: Die Straßenverkehrsdirktion ist in ihrer Art und ihrem Aufbau eine vollkommen neueartige Einrichtung. Sie muß geschaffen werden, da die Provinz Sachsen durch Verkehrsfragen in westlicher und östlicher Richtung in einer Weise durch den Krieg schwer erschüttert worden ist. Nach dem Straßenverkehrsdirktion alle Kraftfahrzeuge und Transportmittel in der Provinz erfaßt hatte, wurden Möglichkeiten der

Erersatz- und Treibstoffbeschaffung gesucht und teilweise gefunden. Die Transportraumlenkung und Steuerung des Verkehrs hat sich bisher bezüglich des Versuchs Lösung des Transportproblems günstig ausgewirkt. Der Provinz Sachsen stehen zwar eine große Anzahl von Lastkraftfahrzeugen besonders für den Güterverkehr zur Verfügung, doch fehlt es zur Zeit an Ersatzteilen und Bereifungen um diese Fahrzeuge restlos einsetzen zu können.

### Einrichtung von Volksbildungsämtern

Präsident D r. O t t o H a l l e: Zur Einrichtung von Volksbildungsämtern sind geeignete Kräfte heranzubilden. Die Volksbildungsämter haben die Aufgabe, sich auf den Schulstoff entsprechend einzuwirken. Es darf auf keinen Fall vorkommen, daß, wie in einzelnen Fällen festgestellt worden ist, in den Schulen noch teilweise nach den alten Büchern der Nazizeit unterrichtet wird. Die Volkshilfen müssen sofort im Schutzbereich gesetzt werden. Der Einsatz von Frauen als Volkshilfen ist in besonderem Maße in Erwägung zu ziehen. Russischer Sprachunterricht muß ab sofort in den Lehrplan aufgenommen werden. Selbst dann, wenn spezialisierte russische Sprachlehrer nicht zur Verfügung stehen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sich in der Provinz genügend antifaschistische, der russischen Sprache kundige, Männer und Frauen befinden, die an den Schulen russischen Sprachunterricht erteilen können. Um den Menschen der Arbeitssuche bei entsprechender Begabung die Möglichkeit zu geben, höhere Staatstellen und gehobene Stellen in allen Industrie- und Wirtschaftszweigen zu besetzen, ist die Schaffung der „Einheitsschule“ dringendes Erfordernis.

### Anbauplan und Frühjahrsbestellung 1946

Präsident D r. K a s p a r: Mit neuen Methoden und neuen Kräfte wird der Anbau mit Erfolg durchgeführt werden. In den nächsten Jahren muß die Pflanzenzucht wegen der geringen Viehbestände als Folge der Nazi-Milchwirtschaft vorherrschen. Nach Einsparung der Futtermittel und Einbeziehung ehemaliger Wehrmachtsanlagen in die Anbaufläche war es möglich, den Anbau von Getreide, Hafer, Flachs und Tabak zu steigern. Die Schwierigkeit im Pflanzenanbau wird nach Anstellung der Pflanzkraftföhrer in den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches überwunden werden. Eine Steigerung der Getreide- und Rübenproduktion ist zu erwarten.

### Presse und Propaganda

Präsident D r. L e s s i g: Das Nazischrittmittel und die Goebbels-Propaganda haben den Beweis erbracht, wie in Volk systematisch zu einer mechanischen Denkmachmaschine und einem Sprachautomaten herabgewürdigt werden kann. Heute ist es notwendig, die demokratischen Kräfte Gelegenheit geben, initiativ auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mitzuwirken. Es gilt, alle Kreise des Volkes von der Notwendigkeit des Wiederaufbaues zu überzeugen und die Nazi-Ideologie restlos zu beseitigen. Es ist die oberste Aufgabe der Presse und Propaganda. Die Provinzial-Verwaltung Sachsen hat eine derartige Abteilung geschaffen. Die Herausgabe des Verordnungsblattes war der erste Schritt zu der noch bevorstehenden umfangreichen Arbeit auf dem Gebiet der Presse.

Die Broschüre ist ein geeignetes Propagandamittel, um die Erfolge des gewaltigen Wiederaufbaues in entsprechender Form zu kennzeichnen und dokumentarisch zu festigen. Die Presse und Propaganda wird in Zukunft die bedeutungsvolle Aufgabe der Publizierung des gesamten politischen, industriellen, wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Lebens zu übernehmen.

Die Arbeit, die in dem vergangenen Halbjahr auf dem Gebiet der Provinzial-Verwaltung mit Unterstützung der Sowjetischen Militärischen Administration geleistet wurde, ist gewaltig. Sie stellt aber nur einen Teil der Arbeit dar, die noch durchgeführt werden muß. Wie auch viele Angelegenheiten in der Presse und Propaganda nicht klar gestellt werden konnten, so ist doch die Hauptaufgabe, das Volk aus der Katastrophe zu führen, zum größten Teil gemeistert worden.

Die Provinzial-Verwaltung stellt keinen Verwaltungsapparat „gewöhnlicher Art“ dar, sondern ist ein Organismus, der im Kampf gegen den Faschismus gebildet wurde. Man kann sagen, daß die Provinzial-Verwaltung das Rückgrat des Lebens der Provinz ist. Nach den großen Leiden des Volkes unter der Naziherrschaft und in der Zeit nach der Zusammenschlagung dieses Systems haben die Präsidenten, Referenten, Landräte und Oberbürgermeister, die hiesigen Männer aus dem Volk, den Neuaufbau der Provinz Sachsen begonnen. Durch das neue Schulsystem wird ein Nachwuchs aus allen Schichten des Volkes herangebildet werden, der in der Lage ist, das neue Deutschland auf dem wahren deutschen demokratischen Fundament, welches in der Zukunft die politische Gegensätze ausschließt, die gewaltigen Aufbaupläne zu Ende zu führen.

Falkenberg. Die vom Ortsverein einberufene Mitgliederversammlung war besonders stark besucht. Genosse K ü v e r gedachte Friedrich E n g e l s. Genosse D r. F r i e d r i c h sprach über den Aufbau der Konsum-Genossenschaft. Die SPD wird dafür sorgen, daß auch in Falkenberg eine starke Konsum-Genossenschaft entsteht.

Verlag und Druck „Volksblatt“, Druckerei und Verlags-gesellschaft, G. Brauhaus, 1517/18 Teichstr. 5a, 781, — Anzeigenfrist für die Redaktion des „Volksblattes“ stellt sich am 1. Oktober 1945, 17.00 Uhr. Redaktionsschluß 22 Uhr. G. 60003

# Oesterreich

Zu den Wahlen in Oesterreich schreibt "Das Volk": "Die Block der Sozialdemokratischen Partei für Berlin:"

P. L. Markante Ergebnisse haben die Wahlen in Oesterreich am 23. November gebracht. Die erdrückende Mehrheit der österreichischen Wähler hat einen dicker schubstrich hinter das Hitler-Abenteuer geschlossen und sich in merkwürdiger Anhänglichkeit zu ihren alten großen Parteien, den Christlich-Sozialen und der Sozialdemokratie, bekannt. Die Christlich-Sozialen haben sich für jetzt den Namen „Katholische Volkspartei“ gegeben.

Das ziffermäßige Ergebnis steht wie folgt aus:

- 1 598 471 Katholische Volkspartei,
- 1 428 491 Sozialdemokraten und
- 174 387 Kommunisten.

So wird sich der Nationalrat aus 85 Christlich-Sozialen, 76 Sozialdemokraten und 4 Kommunisten zusammensetzen; rein formal haben also die ersten eine absolute Mehrheit von 5 Stimmen. Entgegen dem Gesetz ist, wie ebenfalls früher schon, das Resultat in der Hauptstadt Wien, die selbst ein Bundesland für sich bildet. Hier werden 50 Sozialdemokraten gegen 35 Christlich-Soziale und 7 Kommunisten im Rathausaal sitzen. Auch in den anderen großen Hauptstädten Graz, Linz, Innsbruck, Salzburg sind sozialdemokratische Mehrheiten zu verzeichnen, während sich die Katholische Volkspartei ihre Mehrheit auf dem Lande holt.

Die Bewohner Oesterreichs hatten viel später als die Deutschen im Reich ein allgemeines Wahlrecht ausüben können. Bis 1895 wählten nur die Besitzenden, und zwar in vier sogenannten Kurien. Erst 1897 hatten die Wahrscheinungskämpfe unserer Genossen einen Erfolg. Es wurde eine fünfte Kurie gebildet, in der alle Besitzlosen ihre Stimme abgaben, und hier erzielten naturgemäß die Sozialdemokraten, unter ihren Führern Viktor Adler und Pernstorfer, große Erfolge. Aber der alte österreichische Reichsrat zerfiel nicht nur in Klassenparteien, sondern auch in Nationalitäten. Neben den deutschen Abgeordneten saßen die tschechischen Sozialdemokraten unter Führung von Soukup und Tomaschew, die polnischen Sozialisten unter Führung von Daszinski und Diamant, ferner italienische, slowenische, kroatische und rumänische Sozialisten. Das schöne Parlamentsgebäude in der Wiener Ringstraße, das jetzt auch den Bomben zum Opfer gefallen ist, bot nicht nur ein buntes, sondern meist auch ein recht bewegtes Bild. Der Einfluß einer klug geführten Sozialdemokratischen Partei überdauert weit ihre zahlenmäßige Stärke. Aber die Oberleitung der einzelnen Nationalitäten verhinderte nur zu oft fruchtbringende Arbeit.

Die Wahlen nach dem Weltkrieg boten ein ähnliches Bild wie die von 1945; nur fehlen, wie schon erwähnt, jetzt die Großdeutschen, und das Übergewicht der Christlich-Sozialen Partei war noch stärker als heute. Auch damals mußte Genosse Karl Renner in dem allgemeinen Niederbruch das Amt des Bundespräsidenten, dann das des Bundeskanzlers übernehmen, worin ihm später Seipel, Schober, jetzt Dollfuß und Schuschnigg folgte. Das Bundesoberhaupt blieb einige Jahre Präsident Hainisch, ein politisch neutraler, erfolgreicher Landwirt und Gelehrter, der immer wieder den Versuch machte, die rivalisierenden Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen. Ihm folgte schließlich der Zwölf-Kinder-Vater Miklas, ein guter Christlich-Sozialer.

Bis 1937 war es nicht gelungen, die beiden großen Parteien in Oesterreich zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Am Ballhausplatz dominierten die Christlich-Sozialen, auf dem Rathaus die Sozialdemokraten. Es gab lange Zeit die Konkurrenz zwischen beiden, keine persönliche Berührung. Nach der Hetze des Grafen Starhemberg und des Polizeiministers Fey kam es zu der bekannten gewaltsamen Vertreibung der sozialdemokratischen Verwaltung Wiens.

Daß die Annexion von 1938 gegen den Willen der Mehrheit des österreichischen Volkes vor sich ging, zeigt der Ausfall dieser Wahl. Nun haben sich die drei Parteien gelobt, um, wie auch immer die Wahlen ausfallen würden, gemeinsam für das Geschick Oesterreichs zu wirken.

## Konferenz der Sozialisten in Paris

Paris, 9. Dezember (TASS) Die kürzlich abgehaltene Konferenz der sozialistischen Partei des Seine-Departements offenbarte, daß die ganze Opposition, die in dieser Organisation am Tage des 18. Juni in der Kongress der sozialistischen Partei entstanden war, noch immer besteht. Der allgemeine politische Bericht der Parteilitung wurde von den Delegierten, die 6697 Parteimitglieder vertreten, gutgeheißen und von den Delegierten, die 474 Parteimitglieder vertreten, abgelehnt. Die Delegierten, die 890 Parteimitglieder vertreten, enthielten sich der Abstimmung.

Der Organisationsbericht der Parteilitung wurde von 5978 Parteimitgliedern gebilligt und von 5469 abgelehnt, 864 Parteimitglieder enthielten sich der Abstimmung.

(SNB) Moskau. In Moskau traf am 1. Dezember die Handelsdelegation der französischen Republik, unter Leitung des Direktors der Wirtschaftsabteilung des Außenministeriums, L. V. Alphan ein.

# Die Partei im Aufbau

Zu geht gut vorwärts, die Partei ist im zügigen Auf- und Ausbau begriffen. Das ist das Ergebnis einer Reise durch die Parteibezirke in der sowjetischen Zone.

Die Fahrt durch die Bezirke zeigt den Wiederaufbau der Bevölkerung. Überall sind fleißige Hände am Werk, auf den Feldern, in den Fabriken, Werkstätten, beim Straßenbau und bringen Ordnung in das Chaos, das der Hitlerkrieg hinterlassen hat. Es gibt auch Orte, denen vom Krieg äußerlich kaum etwas anmerken ist und in denen ein verhältnismäßig normales Geschäftsleben herrscht.

Die Bevölkerung ist wieder lebendiger und freier geworden. Gewiß, die Ernährungsschwierigkeiten machen ihnen nicht minder Sorgen als die Wohnungsfrage und die Sorge um die Erwärmung ihrer Winterquartiere. Trotzdem: Es ist Frieden, man blickt freier in die Zukunft und stimmt sich mit Erfolg gegen die drohenden Sorgen und Schwierigkeiten.

Am sichtbarsten zeigt sich Wiederaufbauwille im politischen Leben. Ein starker politischer Pulschlag ist überall vernehmbar. Fest wird die Parteilinie angefaßt, unermüdet sind die Genossen und Genossinnen, die Junge und die alte Garde, die Hand- und die Kopf-arbeiter. Aus dem Improvisierten ist die Partei schon längst heraus. Die Ortsvereine haben eine einheitliche, organisatorische Ausrichtung. Aus den Ortsvereinen sind die Kreis- und Unterbezirksorganisationen entstanden, und die 13 Bezirksorganisationen, abgestuft auf die landesmäßigen oder provinziellen Grenzen, haben Plan und Ordnung in den Organisationsaufbau gebracht.

Die Statistik über die Mitgliederbewegung zeigt ein ständiges teils sprunghaftes Ansteigen, die Neuaufnahmen gehen in jedem

Bezirk monatlich in die Tausende. Einige Bezirke kommen bereits wieder an die Mitgliederzahl des Jahres 1932 heran. Was in den Bezirken an Parteilarbeit geleistet wird, ist kaum zu schildern. Schwierigkeiten aber entstehen nur, wenn es an den erforderlichen Büroeinrichtungen und an Organisationsmaterial fehlt. Der Ruf nach Aufklärungsmaterial, Broschüren und Zeitungen dringt immer wieder durch. Erschwerend sind auch für unsere Agitatoren die mangelnden Fahrgelegenheiten und Hemmnisse anderer Art. Unsere Partisekretariate sind für sehr viele Host und Luftzeit mit ihren Sorgen und Nöten, und Rat und Hilfe ist ihnen wieder erforderlich. Die Parteilarbeit erfordert unendlich viel Hingabe und Selbstlosigkeit vom kleinsten Funktionär bis in die Spitzen der Partei. Allen Schwierigkeiten zum Trotz steht heute die Partei durch rastlose Arbeit festgefugt. Sie ist das Fundament, auf dem unsere Politik sich entfalten und wirken kann. Wir haben heute eine Basis des Kampfes gegen Not und Sorgen und für eine aufbauende Politik geschaffen.

Die Genossen im Lande sind stolz auf ihr Werk und eifrig im kameradschaftlichen Wettbewerb um weitere Erfolge für die Partei. Die Ansprache mit unseren Funktionären hatte immer den gleichen Ausgang:

Wir werden die Sozialdemokratische Partei stärker machen, als sie je gewesen ist.

Das wird nach allem, was draußen gezeigt wurde, auch geschehen. Die Bewegung weiter zu stärken und zu fördern, ist überall die Lösung. Auch wir und alle, die noch abseits stehen, müssen mitarbeiten am großen Bau unserer Partei.

August Karsten, Partei-Kassierer.

## Der USA-Senat zu der Organisation der Vereinten Nationen

Washington, 9. Dezember (TASS) Der Senat der USA nahm heute 65 gegen 7 Stimmen das Gesetz über die Teilnahme der USA an der Organisation der Vereinten Nationen ohne wesentliche Änderungen an.

## Ruhrkohlen-Konferenz in London

Paris, 9. Dezember (SNB) Wie „Allied Press“ mitteilt, werden demnächst in London vier Konferenzen britischer und französischer Fachleute Maßnahmen getroffen werden, die bezwecken, die Kohlenförderung im Ruhrgebiet zu steigern und den Abtransport der vereinbarten Quoten nach Frankreich sicherzustellen.

## Einfluß der Gewerkschaften

Weimar, 9. Dezember (SNB) Im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund der Provinz Thüringen zählt man zur Zeit mehr als 193.595 Mitglieder. In der ersten Novemberhälfte stieg die Mitgliederzahl um 88.995. Es sind mehr als 1000 Unternehmen, in denen sämtliche Arbeiter und Angestellten Mitglieder des FDGB sind. In allen Kreisen und in den Unternehmungen sind Gewerkschaftsausschüsse gegründet. Diesen obliegt unter anderem, für den Arbeitschutz zu sorgen.

(SNB) Baku. Nach vor ganz kurzer Zeit war das „rote Tal“, das 80 Kilometer nördlich von Baku liegt, absolut flach. Jetzt haben sich hier kleine kosmische Erdwälle gebildet. Es handelt sich um tätige Flammvulkane.

(SNB) Zur Zeit weist die sowjetische Besatzungszone Deutschlands mehr als zweieinhalbmal soviet Krankenanstalten auf, als nach Beendigung des Krieges vorhanden waren.

## Jugoslawische Vertreter verurteilt

Belgrad, 9. Dezember (TASS) Das Belgrader Militärgericht verhandelte gegen eine Gruppe aktiver Mitglieder der Bande von Draja Mihailowitsch, den Belgrader Beamten Masolowitsch, den Obersten der alten jugoslawischen Armee Dragutinowitsch und die Frau Atanokowitsch aus der Stadt Kursunla. Masolowitsch ist der Sohn des früheren Antschews von Nedsich. Im November 1943 schloß er sich der irregulären Abteilung des Verräters Ljotitsch an.

Auf dem Prozeß wurde festgestellt, daß im letzten Herbst Masolowitsch und Erwitsh an Milan Gol und den früheren Premierminister der Jugoslawischen Emigranten-Regierung Dusan Simowitsch Briefe geschrieben haben, in denen sie um weitere Befehle für die Tätigkeit ihrer Sabotage- und Terrorgruppe bat. Diese Briefe brachte die Angeklagte Frau Atanokowitsch nach Belgrad, um sie durch den Angeklagten Dragutinowitsch weiterzuleiten. Der Gerichtshof verurteilte Masolowitsch zum Tode durch Erschießen, Dragutinowitsch zu zwei Jahren Gefängnis mit Entziehung der Bürgerrechte auf fünf Jahre und Atanokowitsch zu fünf Jahren Gefängnis mit Entziehung der Bürgerrechte auf zwei Jahre.

# Alles hängt vom Verkehr ab

## Engpaß Holz muß überwunden werden

Es wird höchste Zeit, daß der Mangel an Transportraum mit aller Energie abgestellt wird, wenn nicht der ganze Wiederaufbauprozess und die Umschaltung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft lahmgelegt werden sollen. Von dieser Erwägung ausgehend, hatten sich dieser Tage die an der Bewältigung des Verkehrsproblems hauptsächlich interessierten Dienststellen zu einer Besprechung zusammengefunden, um zu prüfen, welche Wege mit Erfolg auf Aussicht beschritten werden können, und was als Vordringliches getan werden muß.

Die Sache ist nicht so einfach, wie sie dem Laien vielleicht scheinen will, der in die Schwierigkeiten, die sich überall aufdrängen, nicht den nötigen Einblick hat. Die Zuckerrübenkampagne stellt ihre Anforderungen; die Belieferung der Städte mit Kartoffeln und anderen Lebensmittel ist lebenswichtig und muß durch den Verkehr bewältigt werden; die Kraftwerke stehen still, wenn ihnen nicht die erforderlichen Mengen an Kohle angeliefert werden; der Holzeinschlag ist illusorisch, wenn

nicht die notwendigen Verkehrsmittel bereitstehen, die dieses Holz an die Sägewerke fahren; die Winter-Feldbestellungen sind ohne die Zubringung der Düngemittel nicht ausführbar — kurz: wieder stößt eine und die andere Planung auf die Hauptschwierigkeit: den Verkehrseinspar.

So wichtig und vordringlich die einzelnen Forderungen auf den verschiedensten Wirtschaftsbereichen auch sind, sie alle sind nicht so wichtig und vor allem nicht so entscheidend wie die Besserung der Verkehrs- und die Behebung der Transportschwierigkeiten; denn davon, daß wir mehr Verkehrsmittel zur Verfügung bekommen und die Verkehrsstockungen oder der Mangel an Transportmitteln behoben werden, hängt die weitere stoffliche und die Erfüllung aller Produktionspläne ab.

Um die Zahl an Transportmitteln zu erhöhen, muß der Holzschlagsintensiviert werden. Ohne Holz lassen sich keine Verkehrsmittel herstellen. Die Hauptaufgaben der Gegenwart sind also: genügend Kräfte und genügend Werkzeug für einen genügenden Holzschlags herzustellen und genügend Sägewerke an die Hand zu bekommen, die dieses Holz bearbeiten, und genügend Transportmittel abzuweigen, die dieses bearbeitete Holz denjenigen Betrieben zuführen, die es weiter zu Reparaturarbeiten oder Neuanfertigungen von Verkehrsmitteln vornehmen.

Im Augenblick stehen nur 20 Prozent der Sägewerke unserer Provinz zur Verfügung. Es fehlt an Arbeitskräften. Es fehlt an Werkzeugen. Es fehlt nicht zuletzt auch an Transportmitteln, um das Holz zu bewegen. Hier eine einheitliche Regelung und eine Einstufung nach Dringlichkeit vorzunehmen, war eine der Hauptaufgaben der stattgefundenen Besprechung.

Es darf auf keinen Fall so weitergehen wie im Augenblick, daß z. B. bei der Gottfried Lindner A.-G. in Ammendorf ein Produktionsrückgang bei den Reparaturen von Eisenbahnwaggons um fast 50 Prozent eintritt.

Die einzelnen Sägewerke und Werkstätten für Reparaturarbeiten oder Neuanfertigungen von Verkehrsmitteln müssen mit besonderen Produktionsaufträgen bedacht werden. Die im Augenblick verfügbare Kapazität an Sägewerken ist nicht ausreichend. Es muß Hand- und Werkzeug für den Holzschlags, soweit es sich in privater Hand befindet, zur Verfügung werden. Das sind alles keine erfreulichen Dinge, und wenn sie sich vermeiden ließen, würde man gern darauf verzichten. Aber es geht im Augenblick nicht anders.

Auch die Landwirtschaft muß sich zusätzlich mit ihren Pferdefahrzeugen zum Transport des geschlagenen Holzes zur Verfügung stellen.

Trotz aller Schwierigkeiten muß das Problem gemeistert werden. Die Anforderungen an den einzelnen mögen hart sein. Sie müssen aber gestellt werden, wenn das Verkehrsproblem bewältigt werden soll und wenn der Wiederaufbau nicht an der ungelösten Transportfrage scheitern soll. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen werden alle davon Betroffenen die Zwangsmaßnahmen, die sich nicht vermeiden lassen, viel leichter ertragen können, wenn sie wissen, daß die persönlichen Wünsche für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft deshalb hinten gestellt werden müssen, damit uns allen aus den Maßnahmen von heute die Erfolge von morgen zugute kommen können. Bei dieser Aktion helfen wir uns selbst über den Transport und die Bearbeitung des Holzes in den Sägewerken bis zu seiner Anlieferung an die Produktionsstätten für Transportmittel — kann und darf sich niemand, weder aus persönlichen noch aus sachlichen Gründen, abseits stellen. Hier geht es um alles.

Jeder Betrieb prüfe seine Produktionsmöglichkeiten, ob er nicht zusätzlich ein Werkzeug für den Holzschlags herstellen kann. Wo viel guter Wille aufgeboten wird, läßt sich sicherlich noch manch unerwartetes Weg finden. Jeder denke daran: Wenn der Verkehr ausfällt, ist er selbst mit der Leidtragende; wenn aber der Verkehr gesteuert werden kann, ist er selbst mit der Nutznießer!

Harold W. Esche

## Rechtzeitige Initiative schützt vor Kälte



Nach erfolgreichem Wiederaufbau



# Wahltermine in Hessen

Frankfurt, 9. Dezember (SNB).

Der amerikanische Nachrichtendienst meldet, daß der Aktionsausschuß der vier demokratischen Parteien, wie die „Frankfurter Rundschau“ mittelt, am 3. Dezember folgendes Schreiben an die Staatsregierung Groß-Hessen richtete:

„Im Anschluß an die am 30. November durchgeführte Besprechung zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und den verschiedenen Parteiverträttern ersucht der Aktionsausschuß der vier Parteien die großhessische Regierung, bei der Besatzungsbehörde — wenn möglich in Ubereinstimmung mit den anderen Landes-

regierungen der amerikanischen Zone — wegen einer Verschiebung der Gemeindevahlen vorstellig zu werden.

Die kurze Frist, die für die Wahlvorbereitung zur Verfügung steht, sowie die bisher ungenügende Möglichkeit, die Tätigkeit der demokratischen Parteien im Landesmaßstab wirksam werden zu lassen, veranlaßt uns zu diesem Wunsche. Wir würden darüber hinaus in Vorschlag bringen die Anstellung von Listen und die allgemeinen Vorbereitungen bereits jetzt, die Wahl selbst, falls möglich, in allen, darunter auch großen Gemeinden, gleichzeitig durchzuführen.

## Gedenktafel für Ringelatz

(SNB) Die Stadt Würzen ehrte den volkstümlichen Dichter und Maler Joachim Ringelatz durch eine Gedenktafel an seinem Geburtsort.

## Erohungslage für KZ-Häftlinge

(SNB) Das in waldreicher Gegend liegende „Alte Forsthaus“ in dem Erzgebirgssort Nassau wurde jetzt mit 26 ehemaligen politischen KZ-Häftlingen belegt, die der Erholung bedürfen.

## Bulgarische Nationalversammlung

Sofia, 9. Dezember (TASS) Der bulgarische Informationsminister Dimo Kassaroff empfing im Zusammenhang mit der bevorstehenden Eröffnung der Nationalversammlung die Pressevertreter. Er teilte mit, daß der Ministerrat beschlossen habe, die Nationalversammlung zum 14. Dezember einzuberufen.

